

Herne, den 12. März 2023

Kinderarmut: Ein Skandal, weil keine Taten folgen!

Nach dem neuesten Armutsbericht des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes ist das Ruhrgebiet die einmal mehr größte deutsche Armutsregion. Die Städte Gelsenkirchen und Herne nehmen mit die wenig rühmlichen Spitzenplätze ein.

„Letztlich ist das leider nichts Neues“, so Veronika Buszewski, Fraktionsvorsitzende der LINKEN im Herner Stadtrat. „Was aber dazu kommt, sind steigende Zahlen der von Armut betroffenen Kinder und Jugendlichen! Es zeigt, dass die bisherigen Anstrengungen zur Armutsbekämpfung im Ruhrgebiet völlig unzureichend sind. Das Ruhrgebiet ist danach die größte deutsche Armutsregion.“

Patrick Gawliczek, Kreissprecher der LINKEN : „Nach den bisher schon alarmierenden Zahlen des DPWW verschlechterte sich die Armutsquote im Ruhrgebiet 2022 sogar auf 22,1 Prozent. D.h. weit mehr als ein Fünftel der Bevölkerung lebt unter Armutsbedingungen. Damit liegt das Ruhrgebiet zusammen mit einer Hartz IV-Quote von 14,4 Prozent in einem Länderranking hinter dem vergleichsweise kleinen Land Bremen mit an der Spitze.“

Wie sieht es in Herne aus? Auch hier gibt es steigende Armut: Energiearmut, Inflation, Folgen von Corona lassen die Menschen verzweifeln. Oft sind mögliche Hilfsangebote nicht bekannt oder es gibt sie nicht [bitte Zahlen von Herne hinzufügen].

In Herne bieten meist kirchlich oder bürgerschaftlich organisierte Einrichtungen wie Tafel, Oase, Jugend- und Kindertreffs in ihren Organisationsbereichen zusätzliche günstige bis kostenfreie Essens-Angebote an, um zumindest ein bisschen die Not zu lindern.

Buszewski weiter: „Alle Angebote werden händeringend angenommen, aber können den Mangel nicht wett machen. Sie überfordern die Anbietenden und Hilfesuchenden, weil es zu wenig ist, führen zu Frustration.“

„Diese Angebote sind sehr hilfreich, engagiert und lobenswert. Wir danken allen Helfenden. Aber sie dürfen und können keinen Ersatz für die Verantwortung eines Staates, eines Landes und einer Kommune für ihre Verantwortung der Sicherung der Daseinsvorsorge sein. Wir brauchen eine angemessene Kindergrundsicherung, die ihren Namen verdient und nicht eine, die den Mangel weiter steigen lässt“, so Gawliczek.

Hinzu kommen zusätzliche Baustellen: Armutsbekämpfung hat auch etwas mit Arbeitsmarktpolitik zu tun.

Die bisherige Arbeitsmarktpolitik von Bund und Land ändert offensichtlich seit Jahren nichts daran. Die Hilfspakete des Bundes in der Pandemie und die Entlastungspogramme gegen Energiearmut und Inflation konnten die Folgen von Erwerbslosigkeit oder Altersgrundsicherung nicht lindern. Im Gegenteil! Besonders alarmierend ist, dass die SGB II-Quote von Kindern unter 18 Jahre im Ruhrgebiet mit 22,8 Prozent fast 10 % über dem Bundesdurchschnitt (12,3%) liegt.

„Fast jedes vierte Kind in unserer Region ist damit auf Hartz IV bzw. seit Anfang des Jahres auf Bürgergeld angewiesen – und das deckt den tatsächlichen Bedarf absolut nicht, darüber sind sich auch alle Wohlfahrtsverbände und Gewerkschaften einig“, sind sich Gawliczek und Buszewski einig.